

DR. NINA SCHEER

SPD

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



NEWSLETTER

6/2020



Mahnwache am Stauwehr Geesthacht
organisiert vom Aktionsbündnis „future 4
fishes“



Waldbegehung in Albsfelde mit Lutz Fähser,
Eckhard Kropla, Kathrin Bockey (MdL) und
Kreistagsabgeordneten



6. Energiewende-Runde als Online-
Videokonferenz



Sitzung des Nationalen Begleitgremiums zur
Endlagersuche

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorliegende Newsletter 6/2020 umfasst den Zeitraum vom 11. Juni bis 6. Juli, in dem zwei Sitzungswochen – die letzten beiden vor der Sommerpause – des Deutschen Bundestages lagen. Neben Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wurde zudem das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet. Meine persönliche Erklärung hierzu, aber etwa auch Ausführungen zur nun – Dank SPD – verabschiedeten Grundrente finden sich neben vielen weiteren Themen auf den folgenden Seiten.

Anregendes Lesen und eine schöne Sommerzeit wünscht



**Schon
installiert?**

Aktuelles und Positionen

Erneute Kandidatur für den Deutschen Bundestag

Erneut trete ich für den Deutschen Bundestag an und habe meine Bewerbung um die Direktkandidatur zur Bundestagswahl 2021 mit einem Schreiben an die Mitglieder der SPD im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd von 19. Juni ausgeführt. Meine Bewerbung hatte ich bereits im Vorfeld im SPD-Ortsverein Geesthacht, wie auch gegenüber den beiden Kreisvorständen Herzogtum Lauenburg und Stormarn erklärt und viel Zuspruch erfahren.



Foto: Tim Riediger

Die Tätigkeit als Ihre und eure Bundestagsabgeordnete empfinde ich als sehr erfüllend und möchte sie gerne fortsetzen. Der politische Auftrag für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sei es aus der Perspektive vor Ort in den Kommunen, mit Blick auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen, Klimaschutzmaßnahmen, aber auch den Schutz von Minderheiten oder Kinderrechten – ist eine Aufgabe im Zeichen von

Demokratie und Völkerverständigung, der ich mich von Herzen und mit vollem Einsatz widme.

Seit 2013 vertrete ich den Wahlkreis 10 im Deutschen Bundestag. Als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz sowie als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie bin ich unter anderem für internationalen Klimaschutz, Erneuerbare Energien, atompolitische Fragen sowie einen Teilbereich des Verbraucherschutzes zuständig. Zusätzlich bin ich stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung.

Als gebürtige Berlinerin, Juristin, Musikerin, promovierte Politikwissenschaftlerin und Mutter einer Tochter bin ich seit 2013 in Schleswig-Holstein beheimatet und habe mich sowohl beruflich als auch während meiner bisherigen Mandatszeit verstärkt für die Energiewende eingesetzt, aber auch eine Reihe anderer Aufgaben, zu denen etwa auch örtliche Infrastrukturprojekte zählen. Viel Anerkennung wurde mir 2019 angesichts der erwirkten Änderungen zum Geschäftsgeheimnisgesetz zuteil, mit denen ich mehr Rechtssicherheit für investigativen Journalismus erstritt.

Mein Schreiben an die Mitglieder der SPD findet sich auf meiner Homepage unter: <https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/06/2020-06-19-Bewerbung-MdB-Nina-Scheer-BTW-2021.pdf>

Themen im Bundestag

Persönliche Erklärung: Kohleausstieg beschlossen

Am Freitag, 3. Juli, hat der Bundestag das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet. Zu meinem Abstimmungsverhalten habe ich eine persönliche Erklärung gem. § 31 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundestages verfasst:



Seit Jahren steht rechtlich begünstigte Kohleverstromung für Marktverzerrungen zulasten des Klimas, der Umwelt, der Gesundheit und von Alternativen in Form Erneuerbarer Energien. Unermessliche Folgekosten sind nicht nur mit den weltweit wirkenden Klimafolgeschäden verbunden, sondern etwa auch mit dem gigantischen Wasserbedarf, der nach Beendigung des Braunkohletagebaus im Zuge der Rekultivierung aufzubringen ist. Insofern muss auch gewährleistet sein, dass die Unternehmen für eben diese Bürde aufkommen.

Ohne den Ausstieg aus der Kohleverstromung kann weder ein beschleunigter Umstieg auf Erneuerbare Energien, eine hiermit einhergehende Abkehr gesellschaftlicher Abhängigkeiten von endlichen Ressourcen, noch das Erreichen unserer Klimaschutzverpflichtungen erreicht werden. Insofern ist ein gesetzlich zu bewirkender Ausstieg aus der Kohleverstromung für den Klimaschutz und die Energiewende sowie auch Arbeit mit Zukunft für den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Die Abkehr vom Verbrauch endlicher Ressourcen hat zudem eine friedenspolitische Dimension – dies haben vergangene Kriege um Öl bewiesen.

Die SPD hat eben dieses politische Ziel des gesetzlichen Kohleausstiegs in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt. Mit der Einigung des Koalitionsvertrages wurde auch eine Verständigung auf die Einrichtung einer Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (sog. Kohlekommission) erreicht, deren Abschlussbericht vom Januar 2019 als gesamtgesellschaftlicher Kompromiss auch über die Parteigrenzen getragenen wurde. Der Kompromiss sieht einen Kohleausstieg bis „spätestens 2038“ vor, der durch einen stetigen Ausstiegspfad und zwischenzeitlichen Überprüfungen zu erreichen sei.

Bis heute halte ich – im Einklang mit zahlreichen Stimmen aus der Wissenschaft und einzelnen Mitglieder der Kohlekommission – einen Kohleausstieg bis 2030 für sowohl machbar als auch klimapolitisch erforderlich. Eben gerade im Beschleunigungsfaktor steckt zudem die Chance auf weltwirtschaftliche Vorreiterschaft für zukunftsfeste Schlüsseltechnologien. Gleichzeitig müssen auch die vielfachen Hemmnisse für Erneuerbare Energien beseitigt werden, die sowohl mit den gesetzlichen Ausbau-Mengenbegrenzungen, aber etwa auch durch die Einführung von Ausschreibungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien und deren hemmende Wirkung entstanden sind. Hinzu kommen zahlreiche Genehmigungshürden, die den Klima- und Energiewendezielen widersprechen und überwunden werden müssen.

Der Entwurf zum Kohleausstiegsgesetz aus dem Wirtschafts- und Energieministerium weicht unter anderem beim Ausstiegspfad von der Empfehlung der Kohlekommission ab, womit anstelle der „Stetigkeit“ im Pfad größere Abschaltmengen erst um 2030 eintreten. Allein diese Abweichung steht für geschätzte 134 Mio. t CO₂-Mehremissionen und ist als solche nicht zu rechtfertigen.

Mit einer Verzögerung im Ausstiegspfad steht zudem die Opportunität von Entschädigungszahlungen in Frage, da bereits heutige Unwirtschaftlichkeit zu Abschaltungen führen. Auch in dieser Hinsicht ist der Gesetzentwurf zu kritisieren. Zugleich bleibt auch ein früherer Ausstieg möglich; Fehlanreize werden mit den Entschädigungen nicht gesetzt. Weder durch das Kohleausstiegsgesetz, noch durch die noch gesondert im Herbst von Seiten des Bundestages zu beratenden und zu bewertenden Verträge (hier gilt Zustimmungspflichtigkeit des Bundestages) wird das Enddatum 2038 (oder 2035) nach vorne hin nicht zementiert — ein früherer Ausstieg bleibt möglich. Zudem wird die Bundesregierung mit den heute vorliegenden Vertragsentwürfen nicht gebunden, keine weiteren Maßnahmen zu schaffen, etwa über einen CO₂-Mindestpreis. Eben auf die Beibehaltung solcher Vertragsbedingungen wird

bei den parlamentarischen Beratungen über die Verträge genauestens zu achten sein.

Gemäß den Aussagen des Abschlussberichts der Kohlekommission hätte das Kohlekraftwerk Datteln 4 nicht ans Netz gehen dürfen. Mit den Prinzipien der Power Past Coal Alliance, die ein Verbot neuer Kohlekraftwerke erklären und denen Deutschland 2019 beigetreten ist, stellt die Inbetriebnahme von Datteln 4 einen Widerspruch und auch ein fatales weltweites Signal einer Industrienation im Umgang mit eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen dar.

Die Nicht-Rodung des Hambacher Waldes ist mit dem Kohleausstiegsgesetz nun zwar angelegt – auch dies war ein Ergebnis der sog. Kohlekommission. Schätzungen zufolge bedeuten aber die gleichwohl vorgesehenen weiteren Abbauarbeiten an Dörfern und Untergrund, dass hiermit dem Hambacher Wald das Grundwasser genommen wird, womit die Rettung des Waldes letztlich nicht gesichert ist. Auch dies halte ich für sich genommen für nicht akzeptabel.

Die explizite Feststellung des Tagebaus Garzweiler als energiewirtschaftliche Notwendigkeit steht ebenfalls für klimapolitisch nicht zu rechtfertigende Verluste an Heimat und Natur.

Im parlamentarischen Verfahren wurde eine ausdrückliche gesetzliche Zustimmungspflicht des Bundestages zu den öffentlich-rechtlichen Verträgen mit den Kohlekraftwerksbetreibern erreicht. Dies ermöglicht dem Deutschen Bundestag eine gesonderte Bewertung der öffentlich-rechtlichen Verträge und deren Ablehnung. Dies wird nach der Sommerpause in einem erneuten Parlamentarischen Verfahren zu behandeln sein.

In einer Gesamtbetrachtung wird mit dem Kohleausstiegsgesetz das grundsätzliche Risiko von Verständigungen auf Ausstiegspfade und Abschalttermine offenbar. Dies hätte mit einer die externen Effekte der Kohleverstromung aufgreifenden Schadstoffbepreisung vermieden werden können. Für Letztere plädiere ich seit vielen Jahren. Auch der gesetzliche Atomausstieg, der hinsichtlich gesetzlicher Ausstiegsdaten als Orientierung diene, darf nicht davon ablenken, dass er im Jahr 2010 – unter Schwarz-Gelb – wieder rückgängig gemacht worden war; ohne das Reaktorunglück von Fukushima wäre der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ möglicherweise bis heute geltende Rechtslage. Deren Aufhebung kostete den Staat hohe Entschädigungssummen.

Mit der heutigen Entscheidung wird ein gesetzlicher Kohleausstieg beschlossen, der meiner Überzeugung von möglichen und erforderlichen Abschaltzeiten nicht entspricht und auch bei den Entschädigungszahlungen zu Wertungswidersprüchen führt.

Zugleich besteht mit dem Gesetz noch immer die Möglichkeit eines auch früheren Kohleausstiegs – sowohl durch die Unternehmen selbst als auch im Zuge einer vorgesehenen Evaluation.

Die Haltung von CDU/CSU offenbart, dass ein früherer Kohleausstieg nicht verhandelbar war. Zugleich weist auch Peter Altmaier in seiner heutigen Rede zur Verab-

scheidung des Kohleausstiegsgesetzes auf weitere Marktentwicklungen und Optionen früherer Abschaltungen hin. Eben hier muss dann im weiteren Verlauf angesetzt werden. Würde man sich heute für weitere Verhandlungen und eine Vertagung bzw. Verzögerungen entscheiden, wird damit zwangsläufig auch die gesetzliche Grundlage für einen Ausstiegspfad verschoben. Bereits mit der heutigen Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes ist eine Verzögerung gegenüber den Empfehlungen der Kohlekommission gegeben. Eine Vertagung des Gesetzes bringt zudem eine Unsicherheit mit sich, ob und wann es in der Zukunft überhaupt eine Verständigung auf ein Kohleausstiegsgesetz geben wird.

Vor diesem Hintergrund stimme ich trotz der genannten sachlichen Kritik dem Kohleausstiegsgesetz zu.

Wasserstoff-Förderung nur mit Erneuerbaren Energien!

Am 10. Juni verabschiedete das Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundeswirtschafts- und Energieminister Peter Altmaier eine um viele Monate verzögerte „Nationale Wasserstoffstrategie“ (NWS). Wasserstoff wird als Energiespeicher, als Antriebstechnologie (Brennstoffzelle) oder in Industrieprozessen eingesetzt. Bislang wird Wasserstoff insbesondere aus fossilen Energien („grauer“ Wasserstoff) gewonnen.



Vermeehrt wird auch „blauer“ Wasserstoff thematisiert, welcher zwar mit Kohle oder Gas erzeugt, das dabei angefallene CO₂ aber aufgefangen und unterirdisch verpresst (Carbon Capture and Storage, CCS), wird. Hierbei entstehen Endlager und neue Risiken - das CO₂ darf schließlich nie entweichen. In Deutschland wurde CCS gesetzlich ausgeschlossen. Ferner ist noch „türkiser“ Wasserstoff in Diskussion, der über die thermische Spaltung von Methan gewonnen wird. Anstelle von CO₂ entsteht hierbei fester Kohlenstoff. Auch für diesen Wasserstoff fossiles Erdgas als Basis.

Zur Überwindung der Abhängigkeit von endlichen fossilen Ressourcen muss es im Kontext der Energiegewinnung somit ausschließlich um die Erzeugung von sogenanntem „grünen“ Wasserstoff – aus Erneuerbaren Energien – gehen. Richtigerweise geht die Bundesregierung mit der NWS den herausragenden Bedarf von Wasserstoff im Kontext der Energiewende an.

Die Wasserstoff-Förderung muss mit einem massiv zu verstärkenden Ausbau Erneuerbarer Energien einhergehen und auf grünen Wasserstoff fokussiert werden.

So wichtig es ist, mit der NWS und dem im Zuge der Corona-Pandemie aufgelegten Konjunkturprogramm Wasserstoff mit 9 Mrd. Euro zu fördern, so wichtig ist es zugleich, den Anteil von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien um ein Vielfaches zu erhöhen. Wenn heute deutschlandweit bereits 55 Terawattstunden (TWh) Wasserstoffnutzung jährlich gegeben ist, dann reicht es nicht, bis 2030 nur 90 bis 110 TWh anzusetzen und davon lediglich 14 TWh aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen (so aber die NWS).

Das Ziel von 65 Prozent Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030 darf nicht als limitierender Faktor wirken, wenn doch mit einem gesteigerten Bedarf von Erneuerbaren Energien auch im Mobilitäts- und Wärmesektor, insbesondere über den Einsatz von Wasserstoff, zu rechnen ist. Die jährlichen Ausbaumengenbegrenzungen wie auch die Ausschreibungspflicht müssen EU-konform abgeschafft werden.

Auch wenn Deutschland im Binnenmarkt der Europäischen Union und im Welthandel immer für Importe von Grünem Wasserstoff offen sein sollte, wäre es ein Fehler, vermeidbare Importabhängigkeiten zu schaffen. Dies geschieht aber, wenn die NWS einen Großteil der Produktion von Grünem Wasserstoff als Import einkalkuliert. Eine solche Limitierung in der heimischen Produktion ist vor Ort arbeitsmarktfreundlich, lähmt die Energiewende und muss in der gesetzlichen Ausgestaltung korrigiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 12. Mai ein Positionspapier verabschiedet, in dem sie sich für ein Ausbauziel von 10 Gigawatt Elektrolyseleistung bis 2030 ausspricht, somit doppelt so viel, wie nun in der NWS vorgesehen.

Die Corona-Pandemie hat anhand der Verknappung von Schutzkleidung und Arzneimitteln zudem gezeigt, dass sich Wirtschaftsräume über vermeidbare Importabhängigkeiten auch verwundbar machen. Diese Lehre muss auch in Bezug auf die Energiewende Konsequenzen haben. Schließlich ist die Verwundbarkeit von Volkswirtschaften in Fragen der Energieversorgung immens.

Dringlich ist zudem der unmittelbare Ausbau von Anreizsystemen zur Nutzung von Wasserstoff. Insofern bedarf es einer Überarbeitung der Entgelt- und Abgabensystematik, wie dies SPD-seitig seit Langem gefordert wird. Unternehmen aus Windenergie-Pionierländern wie Schleswig-Holstein sitzen in den Startlöchern und brauchen eine Aufhebung der Hemmnisse — auch beim Ausbau Erneuerbarer Energien.

Sicherheitsanforderungen für Atommüll-Endlager

Gegenwärtig befasst sich der Bundestag mit zustimmungspflichtigen Verordnungen zu Sicherheitsanforderungen für den Umgang mit Atommüll im Zuge der Endlagerung. Beschließt der Bundestag binnen vier Sitzungswochen keine Änderungen, treten die Verordnungen unverändert in Kraft.

Als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete ich zu aufgeworfenen Änderungsbedarfen am 25. Juni einen Online-Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des Nationalen Begleitgremiums, des BUND, der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ sowie des Bundesumweltministeriums. Hierbei stand auch die Öffentlichkeitsbeteiligung und wie diese bereits frühzeitig realisiert werden

kann zur Diskussion. Der Austausch verdeutlichte, wie wichtig eine sachliche Auseinandersetzung zwischen den Akteuren bzw. zivilgesellschaftlichen Gruppen ist – sowohl um Regelwerke schlüssig, sachgerecht und verständlich zu erstellen, als auch um möglichen Missverständnissen früh zu begegnen.



Die benannten Fragen, dabei unter anderem auch Fragen zu unbestimmten Rechtsbegriffen, wurden zudem im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages am 29. Juni erörtert.

Auch das bestmögliche Endlagerkonzept wird nicht allen berührten Interessen genügen. Dies ist ein Spiegel der Unverantwortbarkeit von Atomenergienutzung. Atommüll wird in allen denkbaren Umgangsformen ein über tausende Jahre strahlendes Erbe bleiben, das nachfolgenden Generationen eine große Last auferlegt und der heutigen Generation - neben den bekannten Gefahren - hohe Kosten und Eingriffe zumutet. Jedes mögliche Endlager, aber auch jede andere Form des Umgangs mit Atommüll geht mit Einbußen und Risiken einher. Nach dem Grundsatz der Gefahrenminimierung darf diese Erkenntnis sich aber nicht gegen den Suchprozess selbst wenden.

SPD bewirkt Abschaffung des Solardeckels

Die große Verunsicherung in der Solarbranche in Bezug auf die Deckelung des Ausbaus ist nun endlich beendet. Über viele Monate hatte die SPD immer wieder die Abschaffung des 2012 unter Schwarz-Gelb eingeführten Solardeckels eingefordert, vgl. hierzu auch die untenstehende Chronik meiner Pressemitteilungen in diesem Zusammenhang. Auf meine Frage im Plenum des Deutschen Bundestages am 13. Mai hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die lange Dauer der Abschaffung selbst bemängelt und erneut zugestanden, sich für eine schnellstmögliche Lösung einzusetzen (*vgl. www.nina-scheer.de/befragung-der-bundesregierung-frage-an-bundeskanzlerin-dr-merkel/*). Dem musste sich nun auch die CDU/CSU-Fraktion beugen.

Der Solardeckel, der nach geltendem Recht einen Ausbaustop für Anlagen unter 750 kW bei Erreichen von 52 GW vorsieht, hatte nach Branchenangaben bereits zu einem Rückgang von Kreditvergaben und Aufträgen geführt. Die Beseitigung des

Solardeckels ist auch für die Tausenden in dieser Branche akut von Arbeitsplatzverlusten bedrohten Beschäftigten eine gute Nachricht. Es ist kaum vermittelbar, wenn einerseits aufgrund der Corona-Pandemie richtigerweise Konjunkturpakete in Milliardenhöhe geschnürt werden und andererseits durch verschleppte Gesetzgebung wertvolle Investitionen in Zukunftstechnologien, zumal klimaschützende, ausgebremst werden. Deswegen war die Abschaffung des Solardeckels überfällig.



CDU/CSU hatten von der SPD als Gegenleistung zur Abschaffung des Solardeckels fixe bundesweite 1000-Meter-Abstände zu Windenergieanlagen verlangt, die zu einer Einschränkung des Windenergieausbaus von geschätzten 65 Prozent geführt hätten. Dies habe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion strikt abgelehnt. Es ist grotesk, dass in Zeiten auszuweitender Klimaschutztechnologien überhaupt die Abwendung von Klimaschutz-Restriktionen diskutiert werden muss.

Stattdessen gibt es nun eine sogenannte Opt-in-Regelung bzw. Länderöffnung im Baugesetzbuch, die es den Bundesländern ermöglichen soll, pauschale Abstände von bis zu 1000 Metern zu regeln. Ohne diese Option hätten CDU/CSU die Aufhebung des Solardeckels weiter verweigert. Es kann den Bundesländern nur abgeraten werden, solch energiewende-feindliche Regelungen zu treffen. In Bayern ist zu sehen, dass dies zu einem Stillstand des Windenergieausbaus führt, wenngleich die dortige sogenannte 10H-Regelung (10 Mal die Höhe der Windkraftanlage) noch restriktiver ist, als es nun die Länderöffnung vorsieht.

Die Abschaffung des Solardeckels allein ist aber noch nicht genug, um die deutschen und internationalen Energiewende- und Klimaziele zu erreichen. So müssen für einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien Genehmigungsverfahren beschleunigt, Ausbaumengenbegrenzungen und verpflichtende Ausschreibungen abgeschafft werden. Dies ist auch zur Wasserstoffgewinnung durch heimische Wertschöpfung erforderlich. Hierzu zählt auch, Speicher gezielt anzureizen und im System fest zu integrieren.

Chronik:

18. Mai 2020: Einigung zur Windenergie muss beschleunigten und verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien erwirken, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/einigung-zur-windenergie-muss-beschleunigten-und-verstaerkten-ausbau-erneuerbarer-energien-erwirken/> **14. Mai 2020:** Scheer fordert Koalitionspartner auf, umgehend Energiewende-Blockade zu stoppen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-fordert-koalitionspartner-auf-umgehend-energiewende-blockade-zu-stoppen/> **13. Mai 2020:** Befragung der Bundesregierung, Frage an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/spd-bewirkt-abschaffung-des-solardeckels/Befragung%20der%20Bundesregierung,%20Frage%20an%20Bundeskanzlerin%20Dr.%20Angela%20Merkel> **7. Mai 2020:** Rede zum Antrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dürre bekämpfen, Land und Städte widerstandsfähig aufstellen, in Klimaschutz investieren, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/rede-zum-antrag-buendnis-90-die-gruenen-duerre-bekaempfen-land-und-staedte-widerstandsfahig-aufstellen-in-klimaschutz-investieren/> **5. Mai 2020:** Nina Scheer: Mehr Anreize für ÖPNV und regenerative Mobilität statt PKW-Kaufprämie, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-mehr-anreize-fuer-oepnv-und-regenerative-mobilitaet-statt-pkw-kaufpraemie/> **29. April 2020:** Scheer: Corona-Pandemie bedeutet erst recht auf Klimaschutz zu setzen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-corona-pandemie-bedeutet-erst-recht-auf-klimaschutz-zu-setzen/> **31. März 2020:** Scheer zu 20 Jahre EEG: Aus Erfolgen lernen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-zu-20-jahre-eeg-aus-erfolgen-lernen/> **27. März 2020:** Nina Scheer: Windenergie und Artenschutz nicht gegeneinander ausspielen – Corona-Pandemie als Warnung für Verknappung auf Weltmärkten begreifen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-windenergie-und-artenschutz-nicht-gegenueinander-ausspielen-corona-pandemie-als-warnung-fuer-verknappung-auf-weltmaerkten-begreifen/> **25. März 2020:** Scheer: Maßnahmenpaket zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-massnahmenpaket-zur-abmilderung-der-folgen-der-corona-pandemie/> **24. März 2020:** Scheer: Überfällige Maßnahmen jetzt mit Rettungspaket umsetzen: Solardeckel abschaffen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-ueberfaellige-massnahmen-jetzt-mit-rettungspaket-umsetzen-solardeckel-abschaffen/> **17. März 2020:** Scheer: Energiewende-Blockade abschaffen – Zukunftsmärkte öffnen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-energiewende-blockade-abschaffen-zukunftsmaerkte-oeffnen/> **11. März 2020:** Scheer: Reaktorkatastrophe von Fukushima führt Gefahren der Atomenergie vor Augen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-reaktorkatastrophe-von-fukushima-fuehrt-gefahren-der-atomenergie-vor-auge/> **6. März 2020:** Rede zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/rede-1-les-gruene-entwurf-eines-gesetzes-zur-aenderung-des-erneuerbare-energien-gesetzes/> **27. Januar 2020:** Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur sofortigen Abschaffung des Solardeckels, vgl.: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7407947#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDA3OTQ3&mod=mediathek> (ab Minute 6:49) **22. Januar 2020:** Nord-CDU plant mit längeren AKW-Laufzeiten „Betrug“ am Steuerzahler, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nord-cdu-plant-mit-laengeren-akw-laufzeiten-betrug-am-steuerzahler/> **7. Januar 2020:** Nina Scheer: Bundesminister Peter Altmaier muss umgehend Streichung des Solardeckels vorlegen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-bundesminister-peter-altmaier-muss-umgehend-streichung-des-solardeckels-vorlegen/> **18. Dezember 2019:** Befragung der Bundesregierung, Frage an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel **3. Dezember 2019:** Scheer: Union bricht mit Energiewende-Verweigerung Koalitionsvertrag, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-union-bricht-mit-energiewende-verweigerung-koalitionsvertrag/> **20. September 2019:** Scheer: Klima-Eckpunkte verfehlen zentrale Energiewendehemmnisse, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-klima-eckpunkte-verfehlen-zentrale-energiewendehemmnisse/> **November 2018:** Sozialdemokratischer Energiewende-Appell, von Nina Scheer initiiert, vgl.: <https://energiewende-appell.de/>

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Juli hat Deutschland für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) inne und vertritt somit die Regierungen der Mitgliedstaaten gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament. Nicht zu verwechseln ist dieser mit dem ‚Europäischen Rat‘, die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten, und dem ‚Europarat‘, welcher keine Einrichtung der EU ist. Im Rat der Europäischen Union kommen die jeweiligen Fachministerinnen und Fachminister aus allen EU-Ländern zusammen.

Hauptziel für die deutsche Ratspräsidentschaft ist, eine umfassende europäische Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu finden. In den jetzt anstehenden Verhandlungen über den EU-Haushalt 2021-2027 und ein europäisches Wiederaufbauprogramm liegt die Chance, diese Antwort zu formulieren.

Priorität haben für die SPD dabei Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Sicherheit. Beim aktuell diskutierten 500 Milliarden Euro umfassenden Wiederaufbaufonds wird es auch darauf ankommen, Zuwendungen zu gewähren, die für Investitionen und Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die den Wiederaufbau der Länder und die Stabilisierung ihrer Ökonomien ermöglichen. Statt über eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge soll das Wiederaufbauprogramm über gemeinsame Europäische Anleihen finanziert werden. Die Rückzahlung soll dann langfristig über den EU-Haushalt erfolgen.



Deutschland wird sich zudem dafür einsetzen, dass künftig nur diejenigen Mitgliedstaaten voll von EU-Geldern profitieren, die bürgerliche und politische Freiheiten achten. Als Grundlage für eine entsprechende Vereinbarung dient etwa der jährliche Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten, mit dem die EU-Kommission u.a. die Überprüfung der Unabhängigkeit der Justiz auf alle EU-Länder ausweiten möchte. Erstmals wird dieser im Herbst vorliegen.

Dank SPD: Grundrente beschlossen

Eine Frage der Gerechtigkeit: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter besser nicht auf staatliche Hilfe angewiesen sein. Der Deutsche Bundestag beschloss am 2. Juli die Grundrente. Die Union hatte sich bis zuletzt gegen eine Finanzierung der Grundrente aus dem Bundeshaushalt gewehrt. Außerdem gab es Forderungen aus der Union, das Vorhaben wegen der finanziellen Lasten der Corona-Krise zu verschieben oder ganz zu streichen.



Ab dem 1. Januar 2021 werden nun rund 1,3 Millionen Menschen mit kleinen Renten einen Zuschlag erhalten, wenn sie ausreichend Beitragszeiten nachweisen können. Ein Geringverdiener mit 35 Beitragsjahren oder anerkannten Jahren für Kindererziehung oder Pflege kann demnach unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschlag von bis zu 404,86 Euro monatlich erreichen. Dabei wird der Grundrentenzu-

schlag in einer Staffelung von 33 bis 35 Jahren ansteigend berechnet, damit auch Versicherte mit weniger als 35 Jahren Grundrentenzeiten einen Zuschlag erhalten können.

2. Nachtragshaushalt — Mit Solidarpakt für Kommunen

Der Bundestag beschloss am 2. Juli den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 mit einem Umfang von knapp 218 Milliarden Euro zur Finanzierung des Konjunkturpakets in der Corona-Krise beschlossen.



Auf Hinwirken der SPD wurde ein kommunaler Solidarpakt ins Zentrum des Konjunkturprogramms gestellt:

- Mit der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle werden die Kommunen finanziell entlastet. Zusätzlich sind Zukunftsinvestitionen in Kitas, Schulen, nachhaltige Mobilität, Innovation und Forschung vorgesehen.
- Im Sport-Bereich werden insgesamt etwa 800 Millionen Euro investiert. Mit 600 Millionen Euro werden Turnhallen, Schwimmhallen und Sportplätze saniert. 200 Millionen Euro werden für Einnahmeausfälle abseits des Profifußballs vorgesehen. Dabei werden unter anderem weggebrochene Zuschauereinnahmen im Handball, Eishockey, Basketball oder Volleyball ausgeglichen.
- Ergänzend zu den Überbrückungshilfen stehen 100 Millionen Euro für die Unterstützung von Jugendherbergen, Schullandheimen und anderen Jugendbildungsstätten bereit. Auch Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe erhalten parallel zu den Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro.
- Der Bereich Kultur wird im Nachtragshaushalt mit einer Milliarde Euro berücksichtigt. Für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur – Musikclubs, Theater, Orchester, Chöre und Kinos – stehen mindestens 160 Millionen Euro zur Stärkung und Erhaltung von Film und Kinos zur Verfügung. Für den Bereich Musikfestivals, Musikclubs und Musikveranstalter werden weitere 150 Millionen Euro bereitgestellt. Mit Investitionen in der gleichen Höhe wird der Bereich Tanz und Theater gefördert. Weitere 150 Millionen Euro können für die Förderung von zukunftsweisenden alternativen und digitalen Angeboten abgerufen werden. Für den Ausfall von Werbeeinnahmen werden dem privaten Hörfunk 20 Millionen Euro zur Förderung der Distributionswege bereitgestellt.

Kinderbonus und Mehrwertsteuersenkung

Der Deutsche Bundestag beschloss am 29. Juni das zweite Corona-Steuerhilfegesetz. Mit dem Gesetz werden Maßnahmen umgesetzt, um die aufgrund der Corona-Pandemie geschwächte Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und gleichzeitig Unternehmen zu unterstützen, u.a. Mit einer befristeten Senkung der Umsatzsteuersätze vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent bzw. 7 auf 5 (ermäßigte Steuersatz). Der Bund übernimmt die Minder-einnahmen von Ländern und Kommunen.



Familien mit Kindern erhalten eine finanzielle Unterstützung, indem für jedes im Jahr 2020 kindergeldberechtigte Kind ein einmaliger Bonus von 300 Euro gezahlt wird. Eine Anrechnung auf die Grundsicherung findet nicht statt. Bei besserverdienenden Haushalten erfolgt eine Verrechnung mit dem Kinderfreibetrag. Ausgezahlt wird der Bonus in zwei Teilen: 200 Euro im September und 100 Euro im Oktober. Auch hier übernimmt der Bund den Länder- und Gemeindeanteil an den Mehrbelastungen. Alleinerziehende werden unterstützt, indem der Entlastungsbetrag für einen Zeitraum von zwei Jahren (2020 und 2021) von derzeit 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben wird.

PBnE für mehr Nachhaltigkeit im Gesetzgebungsverfahren

Die von mir geleitete Berichterstattergruppe zur Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE), beschloss am 1. Juli einstimmig (mit Enthaltung der AfD) ein Konzept zur Weiterentwicklung des PBnE: „Den Nachhaltigkeitszielen im Gesetzgebungsverfahren ein angemessenes Gewicht verleihen“.

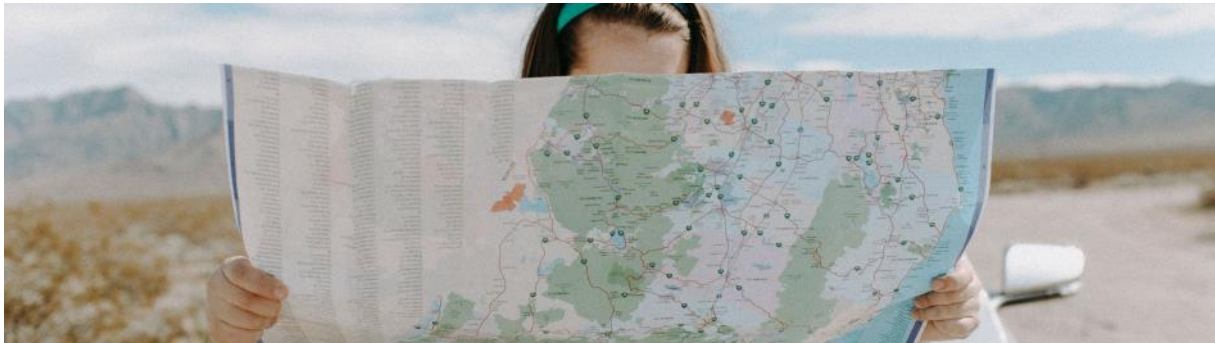
Hierin enthalten sind Vorschläge zur verstärkten Einbindung sowohl der Nachhaltigkeitsziele als auch der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in Gesetzgebungsverfahren, um Rahmenbedingungen stärker auf das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele auszurichten. So soll bereits beim Entwurf wie im weiteren Verfahren eines Gesetzes genauer auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele bzw. die Ausrichtung auf selbige geachtet werden.

Die Vorschläge umfassen etwa die Einsetzung eines Nachhaltigkeitskontrollrats zur Nachhaltigkeitsgesetzesfolgenabschätzung nach dem Muster des Normenkontrollrats und die Einrichtung eines Ausschusses für nachhaltige Entwicklung, durch den dann der heutige PBnE ersetzt würde. Im weiteren Verfahren wird es nun darum ge-

hen, das Konzept gesetzlich auszugestalten, um es so für Gesetzgebungsverfahren verbindlich werden zu lassen.

Freiwillige Gutscheinelösung bei Pauschalreisen

Mit dem ‚Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht‘, welches am 2. Juli durch den Bundestag beschlossen wurde, können Reiseveranstalter den Reisenden statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anbieten.



Der Gutschein ist gegen eine etwaige Insolvenz staatlich abgesichert. Reisende können den Gutschein ablehnen und haben unverändert einen Anspruch auf Rückerstattung der Vorauszahlungen. Grundsätzlich dürfen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht zum Ausgleich von Unternehmensverlusten herangezogen werden - so auch das hier maßgebliche EU-Recht. Deswegen ist die Gutschein-Regelung freiwillig. Wenn Reisende statt des Geldersatzes einen Gutschein entgegennehmen, ist dies ein wirksames Mittel, Reiseunternehmen vor vielfach aufgrund der Corona-Pandemie drohenden Insolvenzen zu bewahren.

Strafbarkeit von unbemerkten Bildaufnahmen des Intimbereichs – „Upskirting“ und „Downblousing“

Anderen Personen ohne Erlaubnis unter den Rock zu fotografieren und diese sogar weiterzuverbreiten - sog. "Upskirting" - ist nun mit einer entsprechenden Änderung des Strafgesetzbuches vom 2. Juli strafbar. Auch das Fotografieren in den Ausschnitt, das sog. "Downblousing", wird verboten. Die Ergänzung in § 201a Strafgesetzbuch sieht vor, dass zukünftig das Herstellen und das Übertragen einer Bildaufnahme insbesondere von den Genitalien, dem Gesäß und der weiblichen Brust strafbar ist, wenn diese gegen Anblick geschützt sind. Auch das Gebrauchen und Zugänglichmachen von solchen Bildaufnahmen gegenüber Dritten soll sanktioniert werden. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hatte eine Gesetzesänderung vorgelegt, nachdem entsprechende Aufnahmen massenweise erstellt und im Internet verbreitet wurden.

Bundestag stärkt außerklinische Intensivpflege

Am 2. Juli beschloss der Deutsche Bundestag das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG). Zahlreiche Patientinnen und Patienten werden aus dem

Krankenhaus entlassen, obwohl sie weiterhin einen hohen intensivmedizinischen Versorgungsbedarf haben (z.B. Wach-Koma-Patienten, Schädel-Hirn-Trauma-Patienten). Die Bedeutung der außerklinischen Intensivpflege nimmt somit ständig zu.



Um eine qualitativ hochwertige Versorgung sicher zu stellen, sieht das Gesetz mehrere Maßnahmen vor: Bereits im Krankenhaus wird das Entwöhnungspotential von der Beatmung besser geprüft, der Übergang von der stationären zur ambulanten Versorgung wird optimiert. Zusätzlich wird ein eigenständiger Leistungsanspruch auf außerklinische Intensivpflege mit den dazugehörigen Rahmenempfehlungen zur Verbesserung der Qualität (z.B. Personal) geschaffen.

Die Situation von intensiv pflegebedürftigen Patientinnen und Patienten, die in Heimen versorgt werden, wird wesentlich verbessert. Bisher mussten sie sich mit sehr hohen Eigenanteilen an der Versorgung beteiligen. Das hat viele Familien finanziell völlig überfordert. Mit dem Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz erhalten die Betroffenen dank des erfolgreichen Einsatzes der SPD erstmalig ein echtes Wahlrecht zwischen ambulanter oder stationärer Versorgung. Denn nun entscheidet nicht mehr die finanzielle Belastung über die Wahl des Leistungsortes.

Einführung der elektronischen Patientenakte

Mit dem am 3. Juli im Deutschen Bundestag verabschiedeten Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) werden die Möglichkeiten und Vorteile der elektronischen Patientenakte (ePA), die ab 2021 verfügbar sein soll, für alle Versicherten nutzbar gemacht. Patientinnen und Patienten erhalten gegenüber den Ärztinnen und Ärzten ab 2022 einen Anspruch auf Eintragung der Patientendaten. Die elektronische Akte selbst bleibt ein freiwilliges Angebot. Mit dem Gesetz werden die Inhalte, die Nutzung, die Verarbeitungsbefugnisse und die Zugriffskonzeption der elektronischen Patientenakte konkretisiert. Unter anderem sollen auf der ePA Befunde, Arztberichte oder Röntgenbilder, aber auch der Impfausweis, der Mutterpass, die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder (U-Heft) und das Zahn-Bonusheft gespeichert werden. Bei einem Wechsel der Krankenkasse können die Versicherten ihre Daten aus der ePA übertragen lassen. Auch Überweisungen zu einem Facharzt sollen künftig elektronisch übermittelt werden können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch die Datensicherheit gewährleistet ist und es in den Händen der Versicherten liegt, wer

auf welches in der Akte gespeicherte Dokument zugreifen darf. Auf die Akte kann über Smartphones, Tablets oder Computer zugegriffen werden, alternativ können Versicherte die ePA bei ihrer Krankenkasse einsehen. Ebenso ist sichergestellt, dass Versicherten keine Nachteile erwachsen, wenn sie die ePA nicht nutzen.



Tierwohl und Umweltschutz bei Nutztierhaltung stärken

Mit dem Antrag von SPD und CDU/CSU „Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung konsequent umsetzen und Zukunftsperspektiven für die Tierhaltung in Deutschland schaffen“ unterstützen die Koalitionsfraktionen in der letzten Plenarwoche vor dem Sommer die Bemühungen der Bundesregierung, zukünftig für mehr Tierwohl, besseren Umweltschutz und eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu sorgen.



Wesentlich dafür ist die Umsetzung der Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung. Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, dem Deutschen Bundestag innerhalb dieser Legislaturperiode eine kurz-, mittel- und langfristige Umsetzungsstrategie zur Transformation der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung vorzulegen. Diese soll konkrete Empfehlungen beispielsweise zu Neubauten, Entwicklungsperspektiven für bestehende Tierhaltungen, zu Umwelt- und Klimaschutz sowie zu ökonomischer Betriebsführung beinhalten. Parallel zum Antrag wurde auch der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen der Koalitionsfraktionen im Plenum debattiert.

Gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität

Die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen, wie schnell aus Hass und Hetze im Internet Taten werden können. Der Deutsche Bundestag hat beschloss deshalb am 18. Juni das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität.

Zentrale Neuerung ist die Verpflichtung sozialer Netzwerke, dem Bundeskriminalamt als Zentralstelle bestimmte strafbare Inhalte zu melden, die den sozialen Netzwerken durch eine Beschwerde bekannt und von ihnen entfernt oder gesperrt wurden. Der Strafraum bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz wird von bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe erhöht.



Im Strafgesetzbuch (StGB) wurden zudem Tatbestände erweitert und klargestellt, wonach der besondere Schutz von im politischen Leben des Volkes stehenden Personen vor übler Nachrede und Verleumdung (§ 188 StGB) bis hin zur kommunalen Ebene – zu ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern in unseren Städten und Gemeinden – reicht. Diese Klarstellung war dringend nötig, da bisher politische Mandatsträgerinnen und -träger erst ab Landesebene vom geschützten Personenkreis erfasst wurden.

2019 gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik bundesweit 3.205 erfasste Straftaten gegen im Rettungsdienst beschäftigte Personen. 2016 waren es gerade mal 1.939 erfasste Taten. Daher werden künftig Personen, die im ärztlichen Notdienst oder in einer Notaufnahme Hilfe leisten, wie anderes bereits erfasstes Hilfeleistende besonders vor Drohungen und Gewalthandlungen geschützt. Zudem soll der Katalog der Strafzumessungsgründe um "antisemitische" Beweggründe ergänzt werden.

Zu Gast bei...

... der Dialoggruppe am Helmholtz-Zentrum Geesthacht

Das Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG, ehemals Gesellschaft zur Förderung der Kernenergie in Schiffbau und Schifffahrt, GKSS) betrieb auf seinem Gelände zwei Atomforschungsreaktoren, die aktuell zurückgebaut werden müssen. Um die Öffentlichkeit über den Rückbau der Anlagen zu informieren, gründete das HZG die Veranstaltungsreihe ‚HZG im Dialog‘.

Dort kommen Vertreterinnen und Vertreter des HZG mit Geesthachter Bürgerinnen und Bürgern, Ratsmitgliedern und Umweltorganisationen zusammen und erörtern gemeinsam, wie der Rückbau der Anlagen erfolgen kann und welche (weiteren) Anforderungen hierbei zu erfüllen sind. Am 8. Juni nahm ich an der Sitzung der Dialoggruppe teil und war beeindruckt, wie sehr es über die Jahre gelungen ist, ein enges Vertrauensverhältnis und ein gemeinsames Vorgehen unter den Akteuren mit teils sehr unterschiedlichen Perspektiven zu schaffen.

Den Dialogprozess möchte ich eng begleiten und die Gruppe dabei unterstützen, Atommülltransporte so gering wie möglich zu halten.

... der 39. Sitzung des Nationalen Begleitgremiums

Das Nationale Begleitgremium (NBG) wurde 2016 zur vermittelnden und unabhängigen Begleitung der Standortsuche für ein Atommüll-Endlager ins Leben gerufen und besteht aus anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie BürgerInnen.



Am 18. Juni nahm ich an der öffentlichen Sitzung des Gremiums teil und tauschte mich mit den Mitgliedern des NBGs insbesondere über die für den Herbst geplante Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und die damit verbundene Öffentlichkeitsbeteiligung aus.

... den Jusos Hamburg zum Kohleausstieg

Zur Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetz hatten mich die Jusos Hamburg zu einer Videokonferenz am Mittwoch, 1. Juli 2020, eingeladen. Mit ca. 25 Interessierten diskutierte ich über die Stärken und Schwächen des Gesetzes, wie ich sie auch in meiner persönlichen Erklärung aufgegriffen habe (vgl. oben in dieser Ausgabe).

Eigene Veranstaltungen



Energiewende-Appell-Runden im Videokonferenzformat

In den letzten zwei Sitzungswochen vor der parlamentarischen Sommerpause 2020 ist – auch aufgrund des Konjunkturpaketes zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie – vieles in der Energiepolitik entschieden worden.

Um diese Entwicklungen zu begleiten und in dieser Phase der Entscheidungen, zentrale Informationen auszutauschen, hatte ich am 20. Juni und 3. Juli 2020 erneut zum Austausch im Rahmen des Sozialdemokratischen Energiewende-Appells geladen. Teilnehmende der Runde sind UnterzeichnerInnen des von mir ins Leben gerufenen Appells. Mit jeweils um die 45 Teilnehmenden fanden die letzten beiden Austausch-Runden bereits zum 6. Und 7. Mal und aufgrund der derzeitigen Sicherheitsbestimmungen per Videokonferenz statt.

Ziel des Appells ist es, einen kontinuierlichen politischen Austausch zur Beschleunigung der Energiewende zu initiieren. Mit den regelmäßig stattfindenden Energiewende-Appell-Runden werden aktuelle energiepolitische Vorhaben und mögliche Entwicklungspfade diskutiert.

An der Videokonferenz am 20. Juni 2020 nahmen unter den ca. 50 Teilnehmenden anderen meine Fraktionskollegen Carsten Träger, Umweltpolitischer Sprecher und Johann Saathoff, Energiepolitischer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), aber etwa auch Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker teil.

Für die nächsten Energiewende-Runden steht ein fortgesetzter Austausch über die für den Herbst angesetzte Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) an.

Bei Interesse an Teilnahme am Energiewende-Appell-Austausch lade ich herzlich zur Beteiligung ein unter www.energiewende-appell.de anzuschließen.

Unterwegs im Wahlkreis

Waldbegehung

Der Klimawandel setzt auch den Wäldern zu – Hitze und Dürre der vergangenen Sommer, aber etwa auch Borkenkäfer, haben bundesweit zu enormen Schäden geführt. Dem trägt auch das Konjunkturpaket des Bundes Rechnung, dass 700 Millionen Euro für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder enthält. Immer wieder steht zur Bekämpfung von Schädlingen auch der Einsatz von Gift in Rede. Dabei ist dies bei guter Waldbewirtschaftung in aller Regel vermeidbar.



Vor diesem Hintergrund tauschte ich mich am 25. Juni 2020 bei einer Waldbegehung in Albsfelde mit dem Waldexperten und Leitendem Forstdirektor a.D. Lutz Fähser sowie dem Naturschutzbeauftragten des Kreises Herzogtum Lauenburg Eckhard Kropla über naturnahe Forstwirtschaft und klimabedingte Veränderungen der Wälder aus. 26 % der Fläche des Kreises sind Wälder.

Mit dabei waren auch die SPD-Landtagsabgeordnete Kathrin Bockey sowie die SPD-Kreistagsabgeordneten als auch Bürgerlichen Mitglieder Anika Habersaat, Bernhard Peterburs, Fabian Harbrecht, Jürgen Holst und Manfred Matzke.

Unter einem Dach aus Buchen, welches zwischendrin vor kurzem, aber heftigen Regen schützte, zeigten Fähser und Kropla eindrucksvoll, wie sich selbige im Stadtwald Lübeck, der sich auch auf ein Gebiet im Kreis Herzogtum Lauenburg erstreckt, entwickeln. Ein Stück weiter konnten wir dann aber auch beobachten, welche Schäden Borkenkäfer an Fichten anrichten können. Deutlich wurde bei der Waldführung, wie wertvoll nachhaltige Forstwirtschaft für einen gesunden Wald ist. Das im Stadtwald seit Jahrzehnten verfolgte Konzept, die natürlichen Einflüsse des Waldes zu nutzen, etwa auch durch das Verrotten lassen toter Bäume, hat sich für den Wald und dessen Stabilität bewährt.

Fischtreppe, Geesthacht

Seit im Sommer 2019 von Seiten des Wasser und Schifffahrtsamtes (WSA) Lauenburg in Verantwortung durch das Bundesverkehrsministerium Baumaßnahmen zur Standsicherung des Geesthachter Wehrs durchgeführt und durch Abriegelung der Rinnen die Lockströmung für die Fische unterbrochen wurde, ist die ökologische Durchgängigkeit der Elbe blockiert.



Durch die veränderten Strömungsverhältnisse sind nach Expertenauskünften laufende Wiederansiedlungsprojekte in der Elbe und ihren Nebenflüssen, die den europarechtlichen Zielen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) dienen, gefährdet. Bei einem mehrjährigen Ausfall der Anlage am Südufer müsse folglich mit erheblichen Rückschlägen für die Wiederansiedlungsprojekte gerechnet werden, da die Laich- und Lebenszyklen der Fische auf Dauer hierdurch gefährdet würden.

In mehreren Schreiben an das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur habe ich mich über die vergangenen Monate für die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Elbe eingesetzt.

Als SPD unterstützen wir vor Ort die Initiative des Aktionsbündnisses „future 4 fishes“, mit der auf die für Wanderfische desaströse Situation hingewiesen wird. Hierzu habe ich am 28. Juni auch an einem entsprechenden Aufruf am Stauwehr Geesthacht teilgenommen. Die Veranstaltung fand unter dem Motto 'FUTURE 4 FISHES — die Elbe muss passierbar sein' statt und wurde von NABU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, BUND und dem Umweltbeirat Geesthacht organisiert.

Förderungen

2,6 Millionen Euro Bundesmittel für die Entwicklung des Werft- und Hafenquartiers in Lauenburg

Seit 2014 fördert das Bundesbauministerium Projekte der Baukultur und des Städtebaus mit überdurchschnittlicher nationaler Bedeutung, einem hohen Innovationspotential, die als Projekte mit ihrem Entwicklungsprozess beispielgebend für andere Städte sein können.

Es freut mich sehr, dass sich das Projekt des Werft- und Hafenquartiers in Lauenburg bei der diesjährigen Förderung durchgesetzt hat. 2,6 Millionen Euro stehen damit für die Entwicklung eines neuen Quartiers mit Wohnen und werftnahen Dienstleistungen für das Werft- und Hafenquartier in Lauenburg bereit. Nicht mehr vom Werftbetrieb benötigte Flächen werden einer öffentlichen Nutzung zugeführt. Geplant ist das ‚Maritime-Innovations-Zentrum‘ als Forum maritim ausgerichteter Institutionen und Unternehmen. Dort soll auch das Deutsche Binnenschifffahrtsarchiv seine neue Heimat finden. Im Rahmen eines „Stadtlabors“ wird das Werftquartier unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Politik und wissenschaftlicher Begleitung entwickelt werden. Es war und ist mir ein stetiges Anliegen, die historischen Wurzeln einer Stadt, die der Stadt Lauenburg mit Werft und Hafen ein Stück Identität geben, zukunftsfest auszugestalten. Hier setzt das Projekt an.

Eine interdisziplinär besetzte Expertinnen- und Expertenjury hatte sich für die Förderung in Lauenburg ausgesprochen. Die Jury fokussierte sich bei der Auswahl vor allem auf innovative Konzepte mit nationaler und internationaler Wahrnehmung sowie deren außerordentlichen Qualität.

Medienspots (Auswahl)

- **Nina Scheer zum Kohleausstiegsgesetz**, Sonnenseite.com, 3. Juli 2020, vgl.: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/nina-scheer-zum-kohleausstiegsgesetz.html>
- **Aktuelle energiepolitische Weichenstellungen**, Newsletter der SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, S. 15, Ausgabe 1/2020, vgl. <https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/07/newsletter-01-mst-mo-w.pdf>
- **„20 Jahre EEG – Klimaschützer, Wachstumsmotor oder Irrweg?“**, ULA Nachrichten — Informationen für Führungskräfte, S.8, Ausgabe 3/ Juni 2020, vgl. https://www.ula.de/wp-content/uploads/2020/06/ULA-Nachrichten_2020-03_Web.pdf

- **Scheer fordert umgehende Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit am Stauwehr Geesthacht**, Herzogtum direkt, 27. Juni 2020, vgl.: <https://herzogtum-direkt.de/index.php/2020/06/27/scheer-fordert-umgehende-wiederherstellung-der-oekologischen-durchgaengigkeit-am-stauwehr-geesthacht>
- **Beitrag zur Diskussionsfrage: Zeigt der Umgang mit der Corona-Krise, dass wir auch in der Klimapolitik mehr Verbote brauchen?**, PluraPolit, 25. Juni 2020, vgl.: <https://www.plurapolit.de/2020-corona-klima>
- **SPD bewirkt Abschaffung des Solardeckels**, Sonnenseite.com, 18. Juni 2020, vgl.: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/spd-bewirkt-abschaffung-des-solardeckels.html>

Pressemitteilungen

- **26. Juni:** Scheer fordert umgehende Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit am Stauwehr Geesthacht, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-fordert-umgehende-wiederherstellung-der-oekologischen-durchgaengigkeit-am-stauwehr-geesthacht>
- **26. Juni:** Dr. Nina Scheer: “2,6 Millionen Euro Bundesmittel für die Transformation des Werft- und Hafenquartiers in Lauenburg”, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/dr-nina-scheer-26-millionen-euro-bundesmittel-fuer-die-transformation-des-werft-und-hafenquartiers-in-lauenburg>
- **19. Juni:** Nina Scheer tritt erneut für den Deutschen Bundestag an, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-tritt-erneut-fuer-den-deutschen-bundestag-an>
- **19. Juni:** Scheer: Örtliche Unternehmen profitieren vom KfW-Sonderprogramm 2020, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-oertliche-unternehmen-profitieren-vom-kfw-sonderprogramm-2020>
- **18. Juni:** SPD bewirkt Abschaffung des Solardeckels, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/spd-bewirkt-abschaffung-des-solardeckels>

Mitarbeiter und Praktikanten

Anna- Lena Franke

Seit dem 2. Juni arbeitet Anna-Lena Franke als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in meinem Berliner Büro. Sie wird mich künftig in meiner Arbeit im Wirtschaftsausschuss sowie im Umweltausschuss zum Themenfeld Energiepolitik unterstützen. Anna-Lena Franke hat Politikwissenschaft und Soziologie studiert. Nach ihrem Studium hat sie in einem Umweltverband die Themenfelder Luftreinhaltung und Verkehr betreut.



Stephan Streubel

Ebenfalls seit dem 2. Juni unterstützt mich Stephan Streubel im Wahlkreis. Er wird vor allem Veranstaltungen begleiten sowie organisatorische Aufgaben vor Ort wahrnehmen. In Beruf und Ehrenamt hat er bereits viele Veranstaltungen unterschiedlicher Größenordnungen organisiert.



Praktikant Leon Graack

*"Moin! Seit Mitte Juni bin ich jetzt bei Nina im Praktikum tätig. Mich hat es interessiert, wie Abgeordnete arbeiten und was eigentlich alles im Hintergrund erledigt wird, was andere Menschen kaum mitbekommen - nicht mal eigene Parteikolleg*innen. Selber bin ich auch in der SPD in Ammersbek engagiert, also in Ninas Betreuungswahlkreis Stormarn-Mitte. Die ersten Wochen im Praktikum haben mich schon echt beeindruckt. Die unglaublich gute Arbeitsatmosphäre und die netten Arbeitskolleginnen und -kollegen machen dieses Praktikum echt zu einer sehr großen Lebenserfahrung. Auch in der Hinsicht, dass lange wegen Corona Funkstille in meinem Leben war. Der einwöchige Aufenthalt in der Sitzungswoche in Berlin, konnte mir die Arbeitsabläufe des Bundestages hautnah verdeutlichen. Besonders fiel mir dabei auf, dass Entscheidungen mal nicht monatelang vorher abgesprochen sind, sondern auch kurzfristig noch Bewegung rein kommen kann. Noch bin ich bis Ende August bei Nina im Büro dabei und freue mich auf die spannenden und vielfältigen Aufgaben und die vielen Erfahrungen, die auf mich zukommen werden."*



Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter www.nina-scheer.de

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht

